

Zu Ltg.-871/A-3/27-2001

ANTRAG

des Abgeordneten Friewald und Mag.Leichtfried

zum Antrag der Abgeordneten Rosenkranz u.a. betreffend AKW Temelin,
LT-871/A-3/27

Der Antrag wird geändert und hat wie folgt zu lauten:

ANTRAG

der Abgeordneten Friewald, Mag.Leichtfried, Dr.Michalitsch, Feurer, DI Toms, Gebert,
Hofmacher und Honeder

betreffend **Atomfreies Europa**

Es besteht der Wunsch vieler NiederösterreicherInnen, dass unsere Nachbarländer und die Staaten der europäischen Union, aus der Atomkrafttechnologie zur Energieerzeugung aussteigen. Dies ist in einer Gemeinschaft, die eine Vielfalt von Meinungen und auch Einstellungen, vor allem zum Thema Atomkraft beinhaltet, ein schwieriges Unterfangen, das nur mit harter Arbeit, hartnäckiger und sorgsamer Kommunikation und verbündeten Mitstreitern erfolgen kann. Niederösterreich hat immer den Weg des Dialoges, der Offenheit und der Geradlinigkeit vertreten und fordert diesen auch von der Bundesregierung gegenüber anderen Staaten ein. Auch wenn ein sofortiger Ausstieg Europas aus der Atomkrafttechnologie nicht erwartet werden kann, so ist es doch erforderlich auf breiter Ebene den Startschuss zu einem Ausstieg zu setzen und Verbündete in jenen Ländern zu suchen, die derzeit zur Energieerzeugung die Atomkrafttechnologie nicht nutzen (Irland, Griechenland, Italien, Portugal, Luxemburg und Dänemark) bzw. zum Ausstieg bereit sind (Niederlande, Belgien, Schweden und Deutschland). Es ist an der Bundesregierung gelegen, durch sorgsame politische Maßnahmen offensiv den angeführten Weg

weiter zu beschreiten und ein solches Bekenntnis herbeizuführen, denn je eher es gelingt, europaweit aus der Atomkraftenergie auszusteigen, desto früher ist Sicherheit gegeben.

Für das Land Niederösterreich ist die Erweiterung der Europäischen Union von großer Bedeutung und eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der bisherige Weg soll weiterhin verfolgt werden. Der Schutz und die Sicherheit der niederösterreichischen Bürger hat oberste Priorität. Dieser Schutz und diese Sicherheit kann am besten erreicht werden, wenn innerhalb der EU für alle Mitgliedsländer Ausstiegsszenarien insbesondere auch für das Kernkraftwerk Temelin erarbeitet werden.

Vorrangig ist daher für Niederösterreich die weitere Vorgangsweise gegenüber der tschechischen Republik zum Kraftwerk Temelin. In Anbetracht der bisherigen Vorgänge ist es aus Sicht von Niederösterreich jedenfalls erforderlich, sämtliche Vereinbarungen zu kontrollieren und gegebenenfalls der Bundesregierung den Rücken zu stärken bzw. diese zu erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der NiederösterreicherInnen bis hin zur Wiedereröffnung des Energiekapitels bei Nichteinhaltung der Vereinbarungen aufzufordern.

Daher vertritt der NÖ Landtag folgende Position betreffend die Erzeugung von Energie in Atomkraftwerken und das Atomkraftwerk Temelin im Speziellen:

- Ein gemeinsames Europa der Zukunft verlangt Sicherheit und damit ein atomfreies Europa und die Festlegung einheitlicher Sicherheitsstandards.
- Das Atomkraftwerk Temelin muss europäischen Standards entsprechen und ein höchstmögliches Maß an Sicherheit aufweisen.
- Dazu ist das Abkommen von Brüssel das von BK Schüssel mit Ministerpräsident Zeman geschlossen wurde ohne Verzögerung und Abweichungen umzusetzen.
- Österreich muss bei Nichteinhaltung der Vereinbarung als letztes Abwehrmittel auf eine Wiedereröffnung des Energiekapitels und Fortführung der Verhandlungen bestehen.

Der Weg NÖ zur Unterstützung der Beitrittskandidaten bei der verstärkten Nutzung der erneuerbaren Energien wie z.B. durch Energiepartnerschaften sowie die Förderung konkreter Projekte sollte verstärkt fortgesetzt werden.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert alles zu unternehmen um der in der Antragsbegründung enthaltenen Position des NÖ Landtages zu entsprechen.“